

Tobias Haller, Prof. Dr., geboren 1965 in Rothrist, studierte in Zürich Ethnologie, Geographie und Soziologie. An der Universität Zürich arbeitete er als Assistent und Oberassistent, wo er 2007 zu Commons in Afrika habilitierte. Von 2002 – 2007 war er Projektleiter beim NCCR North-South und von 2008 – 2009 Direktor des Swiss Network for International Studies (Genf), bevor er 2009 als Assistenzprofessor und 2014 als Extraordinarius für Sozialanthropologie an die Universität Bern berufen wurde. Er ist Co-Direktor am Institut für Sozialanthropologie, zuständig für Ökonomie und Ökologie (Projekte zu Commons, «Land Grabbing», Grosskonzernen und lokalen Bevölkerungsgruppen) in enger Partnerschaft mit dem Centre for Development and Environment CDE.

Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.



Allmend-Regeln sind nachhaltig – Grosskonzerne auch?

Von Tobias Haller

«Kollektiveigentum bringt uns alle ins Verderben», behauptete der Biologe Garrett Hardin 1968 in einem polemischen Essay («The Tragedy of the Commons»). Menschen seien nicht fähig, Ressourcen nachhaltig kollektiv zu verwalten, denn jeder sei sich selber der Nächste: Man stelle sich eine Weide vor, auf der Vieh in Privateigentum weiden gelassen werde, während die Weide allen und so niemandem gehöre. Jeder, der mehr Vieh auf die Weide treibe, stelle sich besser, was die anfänglich regelkonformen Akteure bestrafe und so würden alle davon abgeschreckt, sich zurückzuhalten. Die späteren Kosten der Übernutzung würden auf alle abgewälzt. Schlimmer noch, es komme zu einem Run auf die Ressourcen und so zu einem bösen Ausgang ohne Happy End, eben zu einer «Tragödie der Allmende».

Das Dorf Töbel im Wallis gilt als ein Paradebeispiel, um diese Behauptungen zu widerlegen. So hat der US-amerikanische Sozialanthropologe Robert Netting beschrieben, wie in Töbel die Erlaubnis zur Bestossung der Alpweiden im Kommunalbesitz des Dorfes an die Mitgliedschaft im Dorf (in der Burgergemeinde) und an bestimmte Regeln geknüpft ist. So durfte beispielsweise nur so viel Vieh auf die Alp getrieben werden, wie der jeweilige Eigentümer der Tiere auf seiner Privatwiese an Heu für den Winter produzieren konnte (Winterungsregel). Die zusätzlichen Privatweiden wiederum waren abhängig von kommunal verwaltetem Wasser. Seit den 1980er-Jahren wird an vielen Beispielen aus aller Welt gezeigt, dass Allmendressourcen in Kommunalbesitz nicht mit offenem Zugang gleichzusetzen sind: Sie sind eben nicht ohne Besitz, sondern im Besitz einer

Gemeinschaft, die Regeln der Nutzung festlegt, überwacht und das Zuwiderhandeln auch bestraft.

Aus diesen Forschungen leitete die US-amerikanische Politologin Elinor Ostrom acht Prinzipien zur nachhaltigen Verwaltung von Commons ab. Dafür erhielt sie 2011 zusammen mit Oliver E. Williamson den Nobelpreis für Ökonomie. Ihr Ansatz weist aber auch wichtige Mängel auf: Fragen der Macht und der Politik sucht man vergeblich. So haben in vielen Regionen des globalen Südens staatliche Stellen seit der Kolonialzeit die Kollektivrechte an Ressourcen unterminiert und daraus Staats-eigentum gemacht. Da die staatlichen Eliten dieses aufgrund der hohen Kosten oft nicht verwalten können, entsteht faktisch ein permanent offener Zugang. Ostrom vergisst in ihrer Analyse, dass sich in einer solchen Situation mächtige Akteure das grössere Stück vom Kuchen einverleiben als der Rest – und so auch die Ohnmächtigen zur Übernutzung des Wenigen zwingt, das ihnen bleibt. Oder die Eliten lassen die Ressourcen auf Druck der Marktmächtigen und der internationalen Geldgeber privatisieren, was die Commoners ausschliesst, die dann andere Ressourcen übernutzen.

Im Kern geht es also um eine Tragedy of the Commoners (Tragödie der Bürger), der eine Tragedy of Open Access (Tragödie des freien Zugangs) oder einer Tragedy of Exclusion vorausgeht, wie auch meine eigenen Forschungen in afrikanischen Flussfeuchtgebieten belegen.

Bei diesem Prozess spielt die Schweiz eine wichtige Rolle: Unser Land beherbergt Hauptsitze von vielen Grosskonzernen und internationalen Organisationen, die

global einen grossen Einfluss auf kommunale Ressourcen haben. Diese Ressourcen wurden erst vom Staat enteignet und dann den Konzernen angeboten, oftmals steuerbefreit oder steuerreduziert. Wie Forschungsprojekte der Universität Bern zeigen, bringen die Konzerne und Investoren nicht die versprochene Entwicklung. Stattdessen geschieht, was Garrett Hardin den Commons vorgeworfen hatte, nämlich die Externalisierung der Kosten: Grosse Minen-, Agrar- und Dienstleistungsunternehmen eigenen sich nicht nur Land im globalen Süden an, um Minen und Grossplantagen zu betreiben, sondern sie übernutzen alle anderen damit verbundenen Ressourcen und verschmutzen diese oft irreversibel. Da Commons wie Wasser, Weide, Wild oder Fische nun aber dem Staat gehören und nicht mehr der lokalen Bevölkerung, geht diese nicht nur leer aus – sie muss überdies mit negativen Folgen für ihre Ernährung und Gesundheit rechnen.

Solche Firmen stehen deswegen in der Kritik. Denn was das Konzernmanagement im globalen Süden tut, wäre bei uns undenkbar. Und auch die lokalen Nutzer geben sich nicht immer der Tragedy of the Commoners hin: Sie setzen sich zur Wehr und fordern ihre Rechte an den Ressourcen zurück – ein Thema, das die anstehende Commons-Konferenz in Bern anspricht.

Kontakt: Prof. Dr. Tobias Haller, Institut für Sozialanthropologie, tobias.haller@anthro.unibe.ch

Konferenz: «Commons in a «Glocal» World: Global Connections and Local Responses», 10.–13. Mai. Infos: <http://tinyurl.com/zvw8y3o>